

Jetzt investieren!

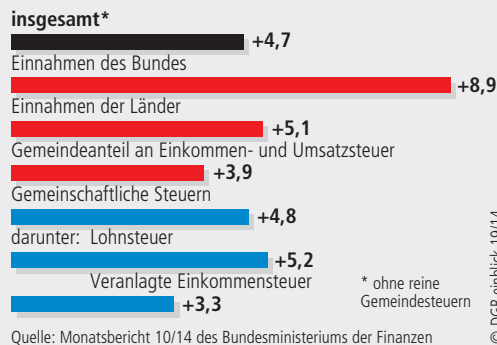
Deutschland braucht mehr Investitionen, vor allem in die öffentliche Infrastruktur, fordern die Gewerkschaften. Ansonsten drohe das Land, seine Zukunftsfähigkeit zu verspielen.

Wirtschaft. Die Konjunkturaussichten haben sich eingetrübt. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für 2014 von 1,8 auf 1,2 Prozent gesenkt. Die Aufträge an die Industrie sind zurückgegangen, laut GfK-Konsumklimaindex ist auch die Kauflust der VerbraucherInnen gesunken. Aus Sicht des DGB ist es allerhöchste Zeit, gegenzusteuern, um die Konjunktur zu stabilisieren und auf eine solide Grundlage zu stellen. „Wir brauchen mehr Investitionen vor allem in die öffentliche Infrastruktur“, betont DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Ansonsten entwickle sich Deutschland zum „Magerstaat“ und verspiele seine Zukunftsfähigkeit. Nicht minder notwendig sei, die Binnenkonjunktur zu stärken, durch höhere Löhne und eine Eindämmung des Niedriglohnssektors, etwa durch eine stärkere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen.

Gleichzeitig nutzen Arbeitgeber und Politik die eingetrübte Konjunktur, um gegen geplante oder beschlossene Gesetze zur Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu wettern. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer warnt etwa davor, „bewährte Instrumente wie Werkverträge und Zeitarbeit einzuschränken“. Und Peter Ramsauer (CSU), Vorsitzender des Bundestags-Wirtschaftsausschusses, will den Mindestlohn und die Rente mit 63 aussetzen. „Im Moment wird ein Gespenst an die Wand gemalt, die Eintrübung der Konjunktur wird überdramatisiert“, stellt Stefan Körzell klar. „Wir warnen seit langem davor, dass die Krise noch nicht überwunden ist.“ Natürlich hätten die Krisen in Nahost oder in der Ukraine ebenso wie die längst noch nicht überwundene Eurokrise Auswirkungen auf die Wirtschaft hierzulande. Mehr öffentliche Investitionen und gerade auch der Mindestlohn seien aber Teil der Lösung, nicht das Problem. „Der Mindestlohn stützt die Binnenkonjunktur und ist daher ein richtiger Schritt.“

Mehr Steuereinnahmen

So haben sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr im September 2014 verändert (in Prozent)



Das schwächere Wachstum hat die Steuereinnahmen noch nicht beeinflusst. Im September stieg das Einkommen gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,7 Prozent.

Unterstützung für die Position der Gewerkschaften gibt es von führenden Ökonomen. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), erwartet von der Bundesregierung, „mit einem klaren Bekenntnis zu einer expansiven Finanzpolitik einer konjunkturellen Abschwächung entgegenzuwirken“. Derweil beharrt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf einen Haushalt ohne Neuverschuldung, auf die „schwarze Null“. Zur „Pflege des Prestigeobjekts schwarze Null“ lasse die Bundesregierung zu, „dass Zukunftsinvestitionen zur Nullnummer verkommen“, kritisiert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Das sei fählässig: „Ohne Zukunftsinvestitionen gefährden wir unsere Wachstumspotenziale und zukünftige Steuereinnahmen“, so der DGB-Vorsitzende. Zudem sei Geld für Investitionen derzeit „so günstig wie nie zu haben“. •

• INHALT

- 3 DGB-Projekt**
Arbeit der Zukunft
- 5 Arbeitszeitpolitik**
Keine starren Vorgaben
- 7 Kapitalismuskritik**
Schicksalsfrage Verteilung

Faire Löhne auf Teeplantagen

Gute Arbeit weltweit. Nicht nur in der Textilindustrie sind die Arbeitsbedingungen katastrophal. Auch in der Lebensmittelproduktion leiden die ArbeiterInnen weltweit unter menschenunwürdigen Zuständen. Oft erhalten die Menschen, die auf Plantagen Tee, Zuckerrohr, Bananen oder Palmöl ernten, nicht mal ausreichend Lohn, um ihre Familien zu ernähren. Die Folgen: In den Teeanbaugebieten in Sri Lanka, Kenia und Indien ist über ein Drittel der Kinder mangelernährt, in Malawi gar die Hälfte. Neben viel zu geringen Löhnen werden oft grundlegende Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verweigert. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelproduktion fasst eine gemeinsame Studie des katholischen Hilfswerks Misereor und der Internationalen Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter (IUF), deren Mitglied die NGG ist, zusammen. •

www.bit.ly/NGG-Studie

• PLUS/MINUS

+ Die Frauenquote ist für Bundeskanzlerin **Angela Merkel (CDU)** keine Debatte mehr wert: „Noch länger zu diskutieren, wäre müßig. Denn es ist beschlossen, dass das Gesetz kommt.“

- Der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Michael Grosse-Brömer (CDU)** hält dagegen. Die Frauenquote sei eine „Belastung der Wirtschaft“ und deshalb „unsinnig“.

• IM NETZ

www.dgb.de/-76P
DGB-Anforderungen an die Ende Oktober gewählte EU-Kommission

Soziale Verantwortung wahrnehmen

Textilbündnis. Sechs Monate hat Gerd Müller (CSU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, an einem Aktionsplan für das neue „Bündnis für nachhaltige Textilien“ gearbeitet. Der Minister will damit in Zukunft Unglücke in Textilfabriken wie 2013 bei Rana Plaza in Bangladesch, unwürdige Arbeitsbedingungen und fehlenden Umweltschutz in den Produktionsländern verhindern. Der DGB hat sich dem Bündnis angeschlossen. Doch im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die sich über den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und mit der „Kampagne für saubere Kleidung“ schon lange für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Schwellenländern wie Bangladesch einsetzen, reagieren Textilindustrie und -handel äußerst zurückhaltend. Mit dabei sind 29 Partner aus der Wirtschaft, doch die Großen von Aldi bis Puma und ihre Branchenverbände winken ab. Umfassende Kontrollen bei den Auftragnehmern seien nicht möglich, erklären sie. Beim Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie heißt es, die Durchsetzung in Deutschland üblicher Sozialstandards sei weltweit nicht realisierbar.

Bündnisinitiator Müller spricht allerdings nicht von deutschen Standards: Würde in Deutschland ein Euro mehr für eine Jeans bezahlt, könnten die ArbeitnehmerInnen in Bangladesch 30 statt 15 Cent in der Stunde erhalten. Ein Lohn, der den Menschen dort nicht nur die Existenz, sondern auch die Bildung ihrer Kinder finanzieren würde, betont der Minister. Auch Minimalansprüche wie ein freier Tag nach sechs Arbeitstagen hält Müller für Mindestanforderungen, die von den Textilunternehmen geleistet werden könnten. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bekräftigt, dass dies ein Weg sei, „der unserer Vorstellung von

Menschenwürde entspricht“. Die Weigerung der Textilbranche mit der Begründung, sie könnte die Lieferketten unmöglich kontrollieren, ist für Hoffmann nicht nachvollziehbar: Das seien schließlich international vernetzte Unternehmen, die „logistisch in der Lage sind, ‚just in time‘ zu produzieren“, hier gehe es nicht um „Frittenbuden“.

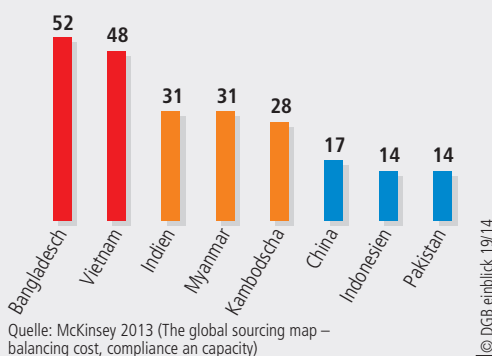
Die bislang 29 Bündnispartner halten den Pakt für „ambitioniert“, aber offensichtlich umsetzbar. Der Minister will mittelfristig Mindeststandards in der Lieferkette „vom Baumwollfeld bis zum Kleiderbügel“ durchsetzen. Bis Januar 2015 will das Ministerium eine Internet-Plattform aufbauen, auf der sich VerbraucherInnen über die Fortschritte informieren können. ●

www.dgb.de/-/rtf

www.bmz.de/20141016-1

Bangladesch führt

Angaben von 24 Chefeinkäufern großer europäischer und amerikanischer Textilketten zu den wichtigsten Auftragnehmer-Ländern in den kommenden fünf Jahren (in Prozent)



Auch in den kommenden Jahren werden Billiglöhnländer wie Bangladesch oder Indien die wichtigsten Lieferanten für die globale Textilbranche bleiben.

Ausbeutung verhindern

Freizügigkeit. Der DGB hält den Gesetzentwurf zur EU-Freizügigkeit, mit dem die Bundesregierung Betrug bei Kindergeld und Schwarzarbeit durch zugewanderte EU-BürgerInnen eindämmen will, für „unausgereift“. Angesichts der geringen Anzahl von Missbrauchsfällen sei es unverhältnismäßig, die Freizügigkeit einzuschränken. Der DGB-Arbeitsmarktexperte Johannes Jakob sagte in der Bundestags-Anhörung, es sei „wenig sinnvoll“, Zuwanderungsprobleme mit aufenthaltsrechtlichen Regelungen zu lösen. Vielmehr seien arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen gefragt. ●

Kommunen entlasten

Bundesrat. Das geplante Bundesteilhabegesetz, das eine finanzielle Entlastung der Kommunen sichern soll, hat der Bundesrat begrüßt. Danach sollen ab 2015 die Kommunen eine Milliarde Euro aus dem Bundesetat erhalten. Die Landeschefs erwarten jedoch, dass der Bund ab 2017 eine jährliche Entlastung der Länder und Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro sicherstellt. ●

BAfög-Reform vorziehen

Erst ab Oktober 2016 soll Studierenden mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Dann greift die geplante BAfög-Reform der Bundesregierung. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisiert den späten Zeitpunkt:

„Die Lebenshaltungskosten steigen, die Förderquote sinkt – deshalb muss die angekündigte Reform dringend vorgezogen werden.“ Vor vier Jahren haben die Studierenden zum letzten Mal eine Erhöhung erhalten.

Nicht allein mehr Geld fordert der DGB. Die Altersgrenzen müssten ebenfalls verändert werden. Wer zwischen Bachelor und Master Berufserfahrung sammeln will, falle heute oft aufgrund seines Alters aus der Förderung.

TELEGRAMM

Mehr Rechte für Betriebsräte, das sieht ein Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag vor. Die Bundesregierung solle ein Gesetz vorlegen, das unter anderem ein vereinfachtes Wahlverfahren bei der Erstwahl eines Betriebsrates mit bis zu 100 Wahlberechtigten ermöglicht. Befristet Beschäftigte sollen gesonderte Schutzrechte erhalten.

Mehr Anstrengungen bei der Energieeffizienz hat DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell gefordert. Sinkende Strompreise sind für den DGB eine gute Nachricht. Für einen stabilen Strompreis müsste die Politik aber mehr tun. Außerdem sollte die Mehrwertsteuer der EEG-Umlage an die VerbraucherInnen zurückgegeben werden.

Ohne eine gesetzliche Regelung geht es nicht, ist der DGB überzeugt. Die Frauenquote für Führungspositionen muss kommen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisiert die Debatte innerhalb der Bundesregierung. Die Bedenken über einen möglichen Schaden für die Wirtschaft „gehen komplett an der Realität vorbei“.

Investitionen gebilligt

EU-Sozialfonds. Bis 2020 will Deutschland 4,8 Mrd. Euro in soziale Integration, Bildung und hochwertige Beschäftigung investieren. Das sind die Prioritäten, die im „Operationellen Programm des Bundes für den Europäischen Sozialfonds (ESF)“ für die neue Förderperiode festgelegt sind, dem die EU-Kommission zugestimmt hat. 2,6 Mrd. Euro der Mittel steuert die EU bei. Ein besonderer Fokus liegt auf der Erleichterung des Übergangs benachteiligter junger Menschen von der Schule zur Arbeit. ●

Arbeit der Zukunft gestalten

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Was in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung gute Arbeit ausmacht, will der DGB mit einem neuen Projekt konkretisieren.

DGB-Projekt. Gute Arbeit für alle Beschäftigten ist seit Gründung der Gewerkschaften das Ziel. Nichts anderes wollen DGB und Gewerkschaften mit ihrem neuen Projekt „Arbeit der Zukunft“ erreichen. Ziel ist es, die Arbeit der Zukunft zu gestalten. Dabei geht es um mehr als Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Gewerkschaften wollen Belastungen etwa durch die Entgrenzung der Arbeit reduzieren und neuen Risiken entgegen wirken. Es geht aber auch um Chancen der neuen Arbeitsformen, zum Beispiel für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Dazu soll auch ein längerfristiges neues Arbeitsforschungsprogramm beitragen. Gemeinsam wollen Bundesregierung, Arbeitgeber und der DGB das Programm im Frühjahr 2015 starten. Unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung soll es zunächst um „Arbeit in der digitalen Welt“ gehen. „Wir knüpfen an einer guten gewerkschaftlichen Idee an, aber wir setzen nicht auf die Wiederbelebung einer glorreichen Vergangenheit. Wir wollen nach vorne schauen und die neuen Formen der Arbeit gestalten“, stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach klar.

Derzeit befindet sich die Arbeitswelt in einem grundlegenden Wandel. Wie etwa die Digitalisierung der Wirtschaft die Arbeitsbedingungen verändern wird, steht noch längst nicht fest. Auf dem DGB-Kongress im Mai 2014 haben die DGB-Gewerkschaften deshalb die Notwendigkeit einer intensiven und breit angelegten Arbeitsforschung bekräftigt. Sie soll den „Umbrüchen in der Arbeitswelt, der Digitalisierung der Arbeit, dem demografischen Wandel, innovativen Entwicklungen in der Produktion und der Dienstleistungsarbeit sowie neuen Anforderungen an die Qualifikation und Qualifizierung der Arbeitskräfte gerecht werden und eine größtmögliche Beteiligung der Beschäftigten, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sichern“.

Die Gewerkschaften wollen die Umsetzung des Arbeitsforschungsprogramms der Bundesregierung aktiv begleiten. DGB und Mitgliedsgewerkschaften

IT-Dienstleistungen: Arbeitshetze belastet

Arbeitsqualität in der IT-Dienstleistungsbranche differenziert nach den Kriterien des DGB-Index Gute Arbeit*



*Indexwerte von 0 bis 100, Werte größer als 80: Gute Arbeit, 50 – 80: mittelmäßige Arbeitsqualität, unter 50: Schlechte Arbeit

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, Sonderauswertung
»IT-Dienstleistungsbranche« 2012/2013, Input Consulting

© DGB einblick 19/14

Jobs in der digitalen Wirtschaft haben großes Zukunftspotenzial. Das bedeutet aber nicht, dass auch die Arbeitsbedingungen top sind. Steigende Arbeitsdichte, Arbeitshetze, ständige Erreichbarkeit prägen den digitalen Arbeitsalltag. Nur Mittelmaß ist die Arbeitsqualität in der IT-Dienstleistungsbranche, das zeigt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. Das zu ändern, ist ein Ziel des neuen DGB-Projektes.

beteiligen sich an der Konzeption des Förderschwerpunktes und bringen eigene Fragestellungen ein. Beim DGB-Bundesvorstand wurde dazu ein neues Projekt ins Leben gerufen. Unter Federführung des Vorstandsbereichs von Annelie Buntenbach sollen Eckpunkte für praxisorientierte Ansätze zu einer menschengerechten Gestaltung von Arbeit entwickelt und die Anforderungen an die Politik und an die Arbeitsforschung formuliert werden. Dabei geht es etwa darum, praxisorientierte Lösungen in beteiligungsorientierten Beschäftigungs- und Arbeitsformen zu entwickeln. ●

Keine digitalen Billigjobs

IT-Gipfel. Neue digitale Billigjobs ohne Arbeitnehmerrechte will der DGB verhindern. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie eine neue Art moderner Sklaverei entsteht, mit einem Wettbewerb der Löhne nach unten“, erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann anlässlich des 8. IT-Gipfels der Bundesregierung Ende Oktober. Die digitale Arbeitswelt biete Chancen, aber auch Risiken. Die gelte es, einzudämmen. Auch in der digitalen Arbeitswelt müssten Arbeitnehmerrechte gelten. Noch sei offen, wie sich Tarifverträge und Mitbestimmung auf digitale Arbeit übertragen lassen. Hoffmann ist überzeugt, dass es dazu bald kreative Antworten geben werde. „Online-Unternehmen sind auch nur Unternehmen mit realen Mitarbeitern, Auftragnehmern und Kunden, die reale Verträge abschließen müssen.“

Zum IT-Gipfel hat die IG Metall in der Debatte um digitale Arbeit und Industrie 4.0 eine neue Humanisierungsoffensive gefordert. Industrie 4.0 sei mehr als das Internet der Dinge, sie gestalte die Arbeitswirklichkeiten der Zukunft. „Wir brauchen einen Neustart in arbeitspolitischer Perspektive. Erforderlich ist eine neue Humanisierungsoffensive, in der der Mensch die Systeme steuert und nicht umgekehrt“, so Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Dazu seien allerdings mehr als Worthülsen nötig, „hinter denen sich nur allzu oft eine handfeste Ratlosigkeit der Akteure in punkto Arbeitsplatzgestaltung verbirgt“. Nach wie vor sollten die Beschäftigten im Mittelpunkt der Arbeitswelt stehen und nicht die Maschinen. Zudem seien weitreichende Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine lernförderliche Arbeitsorganisation notwendig. ●

● MEHR ZUM THEMA

Auch Risiken in den Blick nehmen

Die Bundesregierung will, wie im Koalitionsvertrag versprochen, Arbeitsforschung ab 2015 zu einem zentralen Thema machen. Die Erwartungshaltung bei den Sozialpartnern ist entsprechend hoch. „Wir erwarten, dass die Planungen für ein umfassendes Programm umgehend beginnen und in 2014 Erstmaßnahmen umgesetzt werden“, heißt es in einer DGB-Stellungnahme zum

Programm, die Anfang Oktober im DGB-Bundesvorstand beschlossen wurde. Der erste Schwerpunkt „Digitale Arbeit“ dürfe dabei nur ein Anfang sein. Entscheidend sei, dass die Fragen zur Zukunft der Arbeit in der ganzen Breite abgedeckt würden. Generelle Anforderungen sind aus Sicht der DGB-Gewerkschaften, dass das Programm interdisziplinär sowie praxis- und anwendungs-

orientiert angelegt ist. Notwendig sei ein transparenter Beteiligungsprozess, der Sozialpartner und Arbeitnehmervertretungen mit klaren Regeln einbeziehe. Bei den vorgesehenen Handlungsfeldern kritisiert der DGB, dass sie vor allem auf die Chancen der digitalisierten Arbeitswelt ausgerichtet seien, aber die sich schon jetzt abzeichnenden Risiken vernachlässigt würden.

● IM NETZ

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Das DGB-Projekt „Arbeit der Zukunft“

Friedensnobelpreis für Kinderrechte

Auszeichnung. Die Bildungsinternationale (BI), deren Mitglied die GEW ist, hat den diesjährigen PreisträgerInnen des Friedensnobelpreises Malala Yousafzai und Kailash Satyarthi zu der Auszeichnung gratuliert. Die 17-jährige Pakistanerin und der 60-jährige Inder werden für „ihren Kampf gegen die Unterdrückung von Kindern und das Recht aller Kinder auf Bildung“ ausgezeichnet, heißt es in der Begründung der Osloer Jury. Malala kämpfte unter der Taliban-Herrschaft im nordpakistanischen Swat-Tal für das Recht von Mädchen, zur Schule zu gehen. 2012 verübten die Taliban ein Attentat auf die damals 15-Jährige. Sie überlebte und setzte ihren Kampf fort.

Kailash Satyarthi ist bekannt für seinen jahrzehntelangen Kampf gegen Kinderarbeit. Mit 26 gab er den Ingenieurberuf auf, um sich den Rechten der Kinder zu widmen. Bis heute holt er sie direkt aus den Fabriken, wo sie zum Arbeiten gezwungen werden, und bietet ihnen stattdessen Schulbildung. Zehntausende Kinder hat er so befreit. Ende der 1990er Jahre gründete er den „Globalen Marsch gegen Kinderarbeit“,



Foto: Rüdiger Möller

Kailash Satyarthi (rechts) ist ein alter Weggefährte des DGB. 2000 war er Ehrengast beim Tag der Gewerkschaften auf der Expo in Hannover und wurde vom damaligen DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte begrüßt.

eine Organisation von über 2000 NGOs und Gewerkschaften in 140 Ländern, die sich für die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen 138 und 182 zur Kinderarbeit einsetzt. 2000 führte der Marsch auch durch Deutschland und wurde von den DGB-Gewerkschaften unterstützt. ●

Frieden lernen

Kampagne. VertreterInnen der Kampagne „Lernen für den Frieden“ haben Anfang Oktober mehr als 23 000 Unterschriften an Sylvia Löhrmann, derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz, übergeben. Die Kampagne wird von einem breiten Bündnis getragen und von der GEW und ver.di unterstützt. Ihr Ziel ist es, den Einfluss von Rüstungsindustrie und Militär in Bildungseinrichtungen zurückzudrängen. Der DGB unterstützt „ausdrücklich die Ziele der Kampagne“, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Unterschriften werden noch bis zum 8. Mai 2015 gesammelt. ●

! www.lernenfuerdenfrieden.de

Ein Tag in Kambodschas Textilfabriken



Rund eine halbe Million Menschen – überwiegend Frauen – schuften in den kambodschanischen Textilfabriken. Die DVD „A day in the Cambodian garment industry“, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und der Initiative „better factories“ produziert wurde, zeigt den Arbeitsalltag in der Boom-Industrie. Sechs Kurzfilme machen die Sorgen der ArbeiterInnen, den Kampf um Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisation, die Spannungen zwischen chinesischen Investoren und den ArbeiterInnen sichtbar. Die Armut auf dem Land zwingt die Menschen zur Landflucht. Sie lassen ihr traditionelles Leben, die Familienstrukturen und die Arbeit auf den Reisfeldern zurück. Doch Arbeit in den städtischen Textilfabriken ist hart, die Löhne sind kaum existenzsichernd und die Unterkünfte karg. Die DVD kann bei der FES kostenlos bestellt werden:

! ulrike.rebele@fes.de

! ulrike.rebele@fes.de

Keine Rente

Studie. Fast die Hälfte aller Menschen weltweit erhält im Alter keine Rente. Das zeigt der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur sozialen Sicherheit. Untersucht wurde die Situation von älteren ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in 178 Ländern. „Viele Menschen haben kein Recht, sich zur Ruhe zu setzen, sondern müssen weiter arbeiten“, erklärt ILO-Expertin Isabel Ortiz. Auch in der EU seien viele nicht mehr ausreichend abgesichert. Fast ein Viertel der europäischen Bevölkerung sei in Folge der Finanzkrise von Armut und sozialer Exklusion bedroht, heißt es in dem Bericht. ●

! www.bit.ly/ILO_Renten

— ● INTERREGIO —

Der **DGB Nord** und die Hans-Böckler-Stiftung präsentieren am 30. Oktober auf der **Tagung „Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung – Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland“** die Ergebnisse eines zweijährigen Forschungsprojekts. Im Fokus stehen industrielle Wachstumsbereiche und Möglichkeiten der ökologischen Modernisierung sowie die Gestaltung des demografischen Wandels.

! www.nord.dgb.de

Die **DGB-Jugend Mülheim-Essen-Oberhausen (MEO)** lädt am 7. November gemeinsam mit den Falken und der VVN Essen zum **Konzert „Rock gegen Rechts“** ein. Als Haupt-Act tritt die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano mit der Band Microphone Mafia auf. „Rock gegen Rechts“ findet seit 2004 in Essen zum Gedenken an die Reichspogromnacht statt.

! www.meo.dgb.de

— ● BUCHTIPP —

Susanne Garsoffky, Britta Sembach: Die Alles ist möglich-Lüge. Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind. Pantheon-Verlag, München, 17, 99 Euro.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Mythos. Diese provokante These vertreten Susanne Garsoffky und Britta Sembach, beide Mütter von je zwei Söhnen. Stattdessen addierten sich die unterschiedlichen Lebensbereiche, so die Autorinnen. Entscheidende Faktoren, damit Beruf und Familie wenigstens friedlich koexistierten, seien ein guter Job, gesellschaftliche Anerkennung, eine gleichberechtigte Partnerschaft bezie-

hungsweise Unterstützung für Alleinerziehende und eine zuverlässige Kinderbetreuung. „Mindestens an einem dieser Punkte hakt es fast immer, meistens eher an zwei, drei oder vier“, stellen sie fest. Garsoffky und Sembach wollen keineswegs zurück zu einer traditionellen Rollenverteilung. Sie fordern vielmehr, Vereinbarkeit neu zu definieren. Ihre Lösung ist die „On-Off-Biografie“ für Frauen und Männer, in der Zeiten der (Für-)Sorge

neben der Erwerbsarbeit anerkannt und sozial abgesichert sind. Dazu greifen sie gewerkschaftliche Forderungen auf: lebensphasenorientierte Arbeitszeiten, ein Rückkehrrecht auf Vollzeit, flexible Renteneintritte und eine ganzheitliche Familienpolitik.



Keine starren Vorgaben

Flexible Arbeitszeiten sind der Schlüssel für eine gute Balance von Beruf und Leben. In Phasen der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen oder beim Übergang in die Rente müssen Beschäftigte beruflich kürzer treten können, ohne ins Abseits zu geraten.

Arbeitszeitpolitik. Das Leben richtet sich nicht nach den Arbeitszeiten, vielmehr muss sich die Arbeitszeit flexibel an den Herausforderungen des Lebens orientieren. Das ist heute Ziel der gewerkschaftlichen Arbeitsmarktpolitik. Die Gewerkschaften wollen, dass Beschäftigte die Chance haben, Arbeit und Leben selbstbestimmt zu gestalten. Dabei steht nicht mehr allein die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit im Mittelpunkt. Die Gewerkschaften haben vielmehr die Arbeitszeiten über den gesamten Verlauf der Erwerbsbiografie im Blick. Es geht nicht um starre Vorgaben, sondern um viele verschiedene Arbeitszeitarangements, die den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung tragen.

Immer wieder gibt es im Leben Phasen, in denen ArbeitnehmerInnen beruflich gerne kürzer treten würden, sei es bei der Familiengründung oder wenn ein Familienmitglied pflegebedürftig wird. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisiert, dass Auszeiten und reduzierte Arbeitszeiten immer noch „Stolpersteine“ für das berufliche Fortkommen und die Position im Job sind. „Die müssen endlich aus dem Weg geräumt werden“, so Hannack.

Mittlerweile reagiert auch die Politik auf diese Entwicklung. Im geplanten ElterngeldPlus und dem vom Bundestag beschlossenen Pflegestärkungsgesetz sind flexiblere Möglichkeiten für Eltern und pflegende Angehörige vorgesehen, Arbeitszeiten individuell anzupassen. Aus Sicht der Gewerkschaften besteht jedoch weiterer arbeitszeitpolitischer Handlungsbedarf, um die ArbeitnehmerInnen zu entlasten. ArbeitnehmerInnen sollten künftig nicht nur über die Dauer, sondern auch über die Lage ihrer Arbeitszeiten mitentscheiden dürfen. Das ist zum Beispiel in der EU-Elternzeitrichtlinie vorgesehen, auf deren Umsetzung in deutsches Recht die Gewerkschaften drängen. Bewegliche Arbeitszeitoptionen sind nicht nur für Eltern kleiner Kinder relevant. Auch pflegende Angehörige wünschen sich häufig Arbeitszeitmodelle, die ihnen eine gute Pflege ihrer Familienmitglieder ermöglichen und sie gleichzeitig sozial absichern.

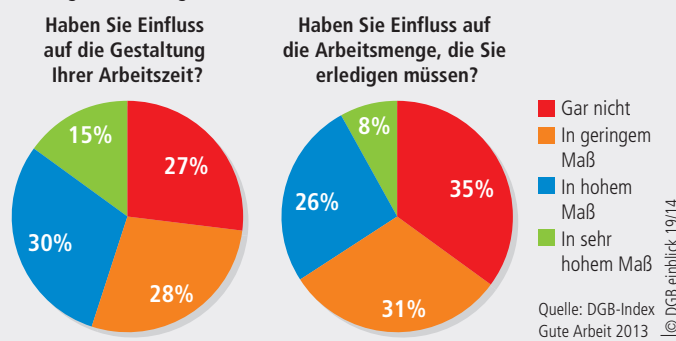
Eine Möglichkeit, vorübergehend kürzer zu treten, ohne den Anschluss zu verlieren, ist das Modell einer befristeten Teilzeit, die automatisch endet. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, darauf einen Rechtsanspruch zu schaffen. Das würde es auch Männern erleichtern, ihre Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum zu reduzieren. Auch zum Ende des Erwerbslebens

brauchen ArbeitnehmerInnen individuelle Lösungen. Kürzere Arbeitszeiten können dazu beitragen, länger im Beruf zu bleiben.

Die Gewerkschaften beschreiten seit Jahren neue Wege in der Arbeitszeitpolitik. „Individuelle Erwerbsverläufe, kollektive Absicherung“ lautet dabei das Motto. Eine ganze Reihe tariflicher und betrieblicher Vereinbarungen ermöglicht den Beschäftigten bereits

Beschäftigte mehr einbeziehen

Aussagen von Beschäftigten über ihre Möglichkeiten, Arbeitszeit und -menge mit zu gestalten (Angaben in Prozent)



Mehr als die Hälfte der Beschäftigten hat keinen oder fast keinen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitszeit.

heute einen Wechsel zwischen kürzeren und längeren Arbeitszeitmodellen. Oft gehen die Vereinbarungen weiter als die gesetzlichen Bestimmungen. Auch bei flexibleren Übergängen in die Rente leisten Gewerkschaften und ihre Sozialpartner mit Demografie-Tarifverträgen Pionierarbeit. Doch das reicht noch nicht. Denn gerade Frauen sind – vor allem in Ostdeutschland – häufig weder durch einen Betriebsrat vertreten noch durch einen Tarifvertrag geschützt. Zudem arbeiten sie überwiegend in kleinen und Kleinstbetrieben, in denen der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit nicht gilt. Hier sieht der DGB den Gesetzgeber in der Pflicht. Er fordert einen allgemeinen Anspruch auf Teilzeit auch für kleinere Betriebe und ein Rückkehrrecht in Vollzeit, um auch diesen Beschäftigten flexiblere Lösungen zu ermöglichen.

Die Gewerkschaften haben bei ihren Forderungen nach angepassten Arbeitszeiten aber auch die Frage im Blick: Wie flexibel ist normal? Immer mehr individuelle Arbeitszeitmodelle bergen auch die Gefahr, die Arbeit weiter zu entgrenzen. Das hat in der digitalisierten Arbeitswelt oft eine Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten zur Folge. Eine erfolgreiche Arbeitszeitpolitik im Sinne der Gewerkschaften muss daher die sich wandelnden Ansprüche der ArbeitnehmerInnen im Laufe ihrer Erwerbsbiografie berücksichtigen und gleichzeitig Regelungen schaffen, die ihnen erlauben, gute Arbeit und gutes Leben miteinander zu vereinbaren. ●

Teilzeitoptionen

Broschüre. Teilzeit trägt wesentlich dazu bei, Erwerbsarbeit und Fürsorgetätigkeiten miteinander zu vereinbaren. Dennoch wird Teilzeitarbeit hierzulande vor allem für Frauen nach wie vor zur Falle, weil sie weder eine eigenständige Existenz- noch eine ausreichende Alterssicherung erlaubt. In der DGB-Broschüre „Teilzeit als Option der Lebenslaufgestaltung“ werden die Chancen und die Nachteile von Teilzeittätigkeit analysiert. Im Rahmen des DGB-Projekts „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wurden Gestaltungsvorschläge für Teilzeit in verschiedenen Beschäftigtengruppen entwickelt – von Auszubildenden bis zu Führungskräften. Die Broschüre vereint zahlreiche Beispiele guter betrieblicher Praxis, die deutlich machen, wie reduzierte Arbeitszeit attraktiv gestaltet werden kann. Von flexibler Arbeitszeitverteilung über die Woche über Telearbeit bis hin zu Altersteilzeit zeigen die Beispiele, wie sich Teilzeit durch betriebliche Mitbestimmung gestalten lässt. Rechtliche Grundlagen, Praxistipps zur tarifpolitischen Gestaltung, Eckpunkte für Dienst- und Betriebsvereinbarungen sowie eine Muster-Vereinbarung machen die Broschüre zu einem Instrumentenkoffer für mehr Arbeitszeitsouveränität, der sich in erster Linie an Interessenvertretungen richtet. Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden. ●

! www.bit.ly/TZ-Option

Väter gesucht

Studie. Wie geht es Männern, die eine berufliche Auszeit nehmen, um sich um ihre Kinder zu kümmern? Dieser Frage geht ein Forschungsprojekt der RHTW Aachen nach. Es werden noch Teilnehmer gesucht, die Ende 2014 in Elternzeit gehen und davon berichten möchten, wie sie die Vätermonate empfinden. ●

! www.familie.dgb.de/-/7Wq

— • KURZ & BÜNDIG —



Die GdP ist alarmiert durch steigende Zahlen von Gewaltdelikten bei Fußballspielen. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek betont: „Die neuen Zahlen bestätigen die Forderungen der GdP, gegen Sport-Gewalttäter konsequent vorzugehen und nach Möglichkeit zeitnah wirksame Strafen gegen identifizierte Straftäter auszusprechen.“ Um bekannte Gewalttäter von Fußballspielen fernzuhalten, fordert die GdP, Standards für Meldeauflagen bundesweit zu harmonisieren.



Mit einem Vier-Punkte-Plan greift die IG Metall in die Debatte zum Thema Fachkräftesicherung ein. Sie schlägt Maßnahmen für gute Bildung, eine Neuordnung des Arbeitsmarktes, eine stärkere Verzahnung von Arbeits- und Lebenswelt sowie gute Arbeitsbeziehungen zwischen den Tarifpartnern vor, um den Fachkräftebedarf künftig zu decken. Die Debatte sei eine Chance, brachliegende Potenziale zu aktivieren.



Die IG BCE fordert ein Initiativrecht für Betriebsräte, um die betriebliche Gesundheitspolitik „subsidiär und vorbeugend“ mitgestalten zu können. Es gelte, Scheinselbstständigkeit und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zurückzudrängen. Dafür bräuchten Betriebsräte bessere Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten.



Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit fordert die GEW, das Vergabeverfahren für arbeitsmarktpolitische Bildungsmaßnahmen zu verändern. Prekäre Arbeitsbedingungen und Entlohnung auf Hartz-IV-Niveau seien Folgen politischer Fehlentscheidungen bei der Vergabe von Aus- und Weiterbildung. Es sei höchste Zeit, dass die politisch Verantwortlichen für bessere Bedingungen sorgen.



Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke kritisiert, dass der geplante Jugendkanal von ARD und ZDF nur im Internet realisiert werden soll. Das sei halbherzig. „Die Länder vergeben damit eine große Chance, ein jüngeres Publikum langfristig an ihre Programme im Fernsehen und Radio zu binden.“

Jobcenter im Fokus

Kampagne. Gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Erwerbslosengruppen machen mobil gegen geplante Änderungen im Hartz-IV-Recht. Unter dem Motto „AufRecht bestehen: Kein Sonderrecht im Jobcenter!“ wenden sie sich gegen Vorschläge einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Diese hatte im Sommer Eckpunkte für eine Vereinfachung vorgelegt. Zwar sieht die Vorlage auf der einen Seite vor, den Pfändungsschutz auf ALG-II-Leistungen auszuweiten. Auf der anderen Seite sollen Daten von LeistungsempfängerInnen häufiger abgeglichen werden können und Heizkosten pauschalisiert werden. Die Kampagnen-Partner lehnen die Vorschläge deshalb als „faktische Verschärfung“ ab.

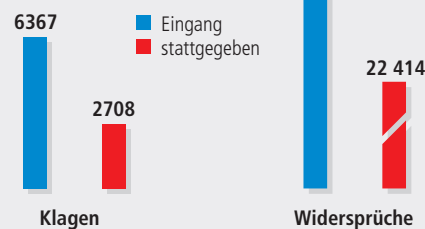
Viele Erwerbslose seien unzufrieden mit der Beratung und der Betreuung in den Jobcentern. Unter anderem würden immer wieder Fehler bei der Berechnung von Hartz-IV-Leistungen nicht umfassend und vollständig korrigiert. Mehr als 40 Prozent der Klagen gegen rechtswidrige Bescheide würden deshalb zu Gunsten der LeistungsempfängerInnen entschieden.

Das Bündnis kritisiert den „Sonderrechtsstatus“ der Jobcenter und bemängelt die fehlenden Selbstverwaltungsstrukturen. Die Erwerbslosengruppen fordern mehr Personal. Mit einer „Charta der Selbstverständlichkeiten“ wirbt die Initiative für eine menschlichere Betreuung. ●

www.aufrecht-bestehen.de

Klagen mit Erfolg

Anzahl von eingegangenen und stattgegebenen Klagen und Widersprüchen gegen Hartz-IV-Sanktionen 2013



Quelle: Bundesarbeitsministerium auf Anfrage Die Linke 2014

© DGB einblick 19/14

Keine Zahlenspiele

Bahn-Konflikt. Um den Konflikt bei der Deutschen Bahn AG zu versachlichen, hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) eine notarielle Prüfung des gewerkschaftlichen Organisationsgrad in verschiedenen Berufsgruppen vorgeschlagen. Die EVG hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) eingeladen, sich zu beteiligen. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner erklärt: „Tatsache ist, dass die GDL lediglich bei den Lokführern über eine Mehrheit verfügt. Bei allen anderen Berufsgruppen organisiert nachweislich die EVG die Mehrheit der Beschäftigten“. Alle anderen Aussagen seien falsch, so Kirchner. Ein Notar soll anhand von Stichproben die Beschäftigtenliste der DB AG mit den Mitgliederverzeichnis der beiden Gewerkschaften abgleichen. Kirchner betont, dass der von der GDL vom Zaun gebrochene Streit um Zuständigkeiten für die meisten Beschäftigten ohne Bedeutung sei. „Alle EisenbahnerInnen wollen in erster Linie mehr Geld und verbesserte Arbeitsbedingungen. Dafür müssen wir mit dem Bahnvorstand streiten, nicht aber untereinander“, so Kirchner. ●

— • IM BLICKPUNKT —



Foto: ETUC/Thierry Roge

„Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten“ war das Motto einer Fotoaktion, mit der der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) Druck machen will in Sachen Klimaschutz. Kurz vor dem EU-Klimagipfel Ende Oktober forderten GewerkschafterInnen aus verschiedenen europäischen Ländern ein ambitioniertes Klimaschutz- und Energieprogramm. EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol betonte, dass die Energiewende enorme Jobchancen durch Investitionen in Infrastruktur, erneuerbare Energien und Energieeffizienz biete.

IG Metall-Resolution: Aktiv für den Frieden

Der Vorstand der IG Metall hat eine aktive Friedenspolitik von der Bundesregierung gefordert. In einer Resolution heißt es: „Angesichts zunehmender Krisen, Konflikte und Gewaltausbrüche geht es nicht darum, dass Deutschland mehr Verantwortung übernimmt, es sei denn in der Rolle als friedensstiftender Akteur“. Demnach lehnt die IG Metall jegliche politische Handlung und Entscheidung ab, die Konflikte und Kriege befördert. Die Gewerkschaft fordert,

Waffenexporte transparent und restriktiv zu handhaben. Militärische Maßnahmen könnten nur nach dem Ultima Ratio-Prinzip durch den UN-Sicherheitsrat getroffen werden. Um den weltweit rund 51 Millionen Flüchtlingen zu helfen, erwartet die IG Metall von der Bundesregierung, humanitäre Hilfe zu leisten. Dies schließt eine offenere Flüchtlingspolitik sowie intensivere friedensstiftende Maßnahmen mit ein.

www.bit.ly/igm_reso

Schicksalsfrage des Kapitalismus

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ eine breite Debatte über Verteilungsfragen angestoßen. Warum er mit seinen zentralen Thesen richtig liegt, erklärt der DGB-Wirtschaftsexperte Mehrdad Payandeh.

Verteilungsgerechtigkeit. Die jüngste Geschichte des modernen Kapitalismus ist eine Geschichte voller Krisen. Mal sind es Währungskrisen, mal Öl-, Wirtschafts-, Finanz- oder Banken Krisen. Nichts scheint stabil zu sein. Doch in einem Punkt ist der Kapitalismus beständig – bei der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das stellt der französische Starökonom Thomas Piketty in seinem beeindruckenden Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ fest. Er ist der Frage nachgegangen: Wie haben sich Reichtum und Einkommen seit der industriellen Revolution verteilt? Im Fokus hat er vor allem die Einkommens- und Vermögensentwicklung der oberen Einkommensgruppen. In einer enormen Fleißarbeit hat er Zahlen gesammelt, analysiert und eine „weltweite Datenbank der Spitzen-einkommen“ aufgebaut.

Sein historisches Werk legt die Mechanismen für die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen frei. Ungleichheit ist weder gottgegeben noch eine Voraussetzung für eine starke Wachstumsdynamik des kapitalistischen Systems. Ganz im Gegenteil – mit zunehmender ungleicher Verteilung tendiert der Kapitalismus zur Fehlallokation: Das Kapital stößt auf unzureichende Nachfrage und findet seinen Weg nicht zurück in die Realwirtschaft. Stattdessen landet es auf den Finanzmärkten. Die daraus resultierenden Finanzkrisen müssen mit Steuermitteln bekämpft werden.

Piketty zeigt, dass die Verteilungsfrage stets eine politische Frage war und bleibt. Sie wird auch durch politische Ereignisse bestimmt. So haben die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert enormes Vermögen vernichtet, in Folge dessen hat sich die Ungleichheit verringert. Im Kalten Krieg handelte die Politik anders

„Ungleichheit ist keine Voraussetzung für eine starke Wachstumsdynamik des kapitalistischen Systems.“

als in den Jahren danach: Die rasch wachsenden Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer unterlagen einem anderen politischen Verteilungsregime als heute. In dieser Zeit schoben ihre Regierungen über hohe Steuern und kräftige Sozialsysteme viele Mittel von Reich zu Arm. Das sorgte für ein makroökonomisches Gleichgewicht. Das Gegenteil bewirkten seit den 1970er Jahren Steuerprivilegien für Reiche und die Liberalisierung der Finanzmärkte. Der Befund ist nicht überraschend – auch nicht für Deutschland. In den letzten zwei Dekaden hat die deutsche Politik mit einer

steuerlichen Umverteilung regelrechte Reichtumspflege betrieben.

Ein weiteres Ergebnis von Pikettys Analysen ist, dass sich in den Industrieländern das Volkseinkommen zulasten der Arbeit und zugunsten des Kapitals entwickelt hat. Das zeigt die sinkende Lohnquote. Noch wichtiger als die schiefe Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital ist aber das zunehmende Gewicht der Einkommen aus Vermögen wie Zinsen, Dividenden oder Spekulationen. Die Folge ist: Vermögen wachsen seit Jahrzehnten schneller als die Volkswirt-

„Der Kapitalismus muss neu programmiert und radikal umgebaut werden.“

schaften der Welt. Die Vermögenden und Superreichen haben den Rest der Gesellschaft abgehängt. Heute ist die Ungleichheit in den Industrieländern wieder so groß wie Ende des 19. Jahrhunderts, lautet ein zentraler empirischer Befund von Piketty.

Seine Prognose für die Zukunft des Kapitalismus ist ein Appell an die Politik: Wenn wir den Kapitalismus nicht verändern, dann wird die Ungleichheit in diesem Jahrhundert weiter zunehmen, die soziale Mitte erodieren und der soziale Frieden zerstört werden. Ein vom Finanzmarkt getriebenes System entzieht sich immer stärker seine eigene ökonomische Grundlage und führt zwangsläufig zu noch heftigeren Krisen als bisher. Piketty belegt, dass der Kapitalismus aus sich heraus keinen befriedigenden Ausweg aus dieser bedrohlichen Entwicklung findet. Deshalb müssen die Staaten handeln – am besten gemeinsam.

Es ist höchste Zeit, politisch gegenzusteuern, auch hierzulande: Die Tendenz der sozialen Polarisierung von Einkommen und Vermögen muss nicht nur gestoppt, sondern rückgängig gemacht werden. Um die Einkommensungleichheit zu reduzieren, muss das Lohngefälle beseitigt werden. Der Arbeitsmarkt muss arbeitnehmerfreundlich reguliert, der Niedriglohnsektor ausgetrocknet und das Lohnniveau angehoben werden. Zudem müssen Arbeitnehmerhaushalte steuerlich entlastet und Spitzenverdiener stärker belastet werden. Um Vermögenskonzentration und -ungleichheit zu reduzieren, müssen Steuern auf Vermögen wieder eingeführt, Steuern auf große Erbschaften angehoben sowie Steuerflucht ausgeschlossen werden. Die Finanzmärkte müssen wirksam reguliert und von riskanten Finanzprodukten bereinigt werden. Der Kapitalismus muss neu programmiert und radikal umgebaut werden. Die Verteilungsfrage ist und bleibt deshalb die Schicksalsfrage des Kapitalismus. ●



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Mehrdad Payandeh, 54, ist Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

● MEHR ZUM THEMA

Ungleichheit im Blick

Der französische Ökonom Thomas Piketty, 43, forscht seit vielen Jahren zum Thema Ungleichheit. Mit 22 Jahren schloss er seine Doktorarbeit zur Verteilung des Wohlstands in Frankreich ab. Die Arbeit wurde 1993 zur besten Dissertation in Frankreich gekürt. Seit 2000 unterrichtet er an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris und gehörte 2006 zu den Gründern der Pariser School of Economics, an der er bis heute lehrt und forscht.

In Zusammenarbeit mit anderen Ökonomen aus der ganzen Welt hat Piketty alle verfügbaren Daten über die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen in mehr als 20 Ländern gesammelt und ausgewertet. Sein über achthundert Seiten starkes Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ ist das Ergebnis dieser langjährigen Datenrecherche und erklärt die Geschichte von Einkommen und Kapital. „Ich wollte in dieses Buch all das einbringen, was ich in 15 Jahren über Geld gelernt habe, und mich dafür so weit wie möglich auch von den rein technischen Aspekten lösen, damit es sich wie ein Roman liest“, erklärt Piketty in der Zeitung „Neues Deutschland“. Die deutsche Ausgabe ist Anfang Oktober erschienen.

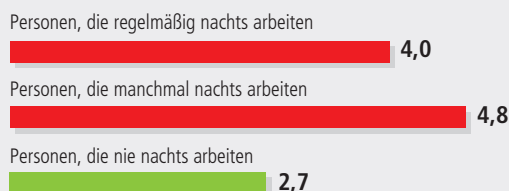
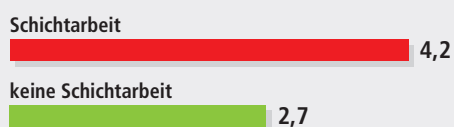
Thomas Piketty: **Das Kapital im 21. Jahrhundert**. C.H. Beck Verlag 2014. 816 Seiten. Aus dem Französischen von Ilse Utz und Stefan Lorenzer, 29,95 Euro

— ● DIE DGB-GRAFIK —

Mehr als fünf Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sowie auf dem Bau hatten 2013 einen Arbeitsunfall. Das zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Ein hohes Unfallrisiko haben Beschäftigte, die in Nacht- und Schichtdiensten arbeiten. So gaben rund 252 000 der insgesamt sechs Millionen Erwerbstätigen im Schichtdienst an, Opfer eines Unfalls gewesen zu sein. Ein geringes Unfallrisiko weisen die klassischen Büroberufe etwa in der Verwaltung auf.

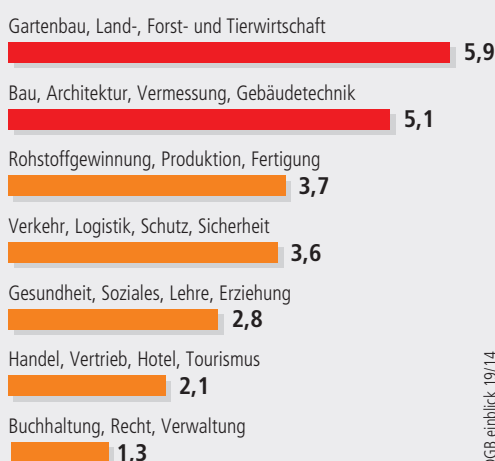
Arbeitsunfälle: Risiko Nacht- und Schichtarbeit

Anteil von Erwerbstätigen in besonderen Arbeitszeitformen, die 2013 einen Arbeitsunfall hatten (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014

Anteil von Erwerbstätigen nach Berufen, die 2013 einen Arbeitsunfall hatten (in Prozent)



© DGB einblick 19/14

— ● PERSONALIEN —

Dr. Judith Kerschbaumer, 51, hat Mitte Oktober in Berlin die Ehrenplakette der Volkssolidarität erhalten. Kerschbaumer leitet den Bereich Sozialpolitik in der ver.di-Bundesverwaltung. Ausgezeichnet wurde sie für ihren Einsatz zur Angleichung der Renten in West- und Ostdeutschland. Kerschbaumer ist Expertin für Alterssicherung und Rentenpolitik und hat eine Vielzahl von Büchern zu den Themen veröffentlicht. Die Rechtsanwältin ist unter anderem Gastdozentin an der Freien Universität Berlin.

— ● BUCHTIPP —



Willy Buschak: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel – Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert, Klartext-Verlag, Essen, 2014, 378 Seiten, 29,95 Euro.

Rund eine halbe Milliarde Menschen in 28 Ländern sind heute BürgerInnen der Europäischen Union. Doch das Ziel eines geeinten Europas ist wesentlich älter als die Römischen Verträge von 1957, die die Grundlage für die spätere EU sind. Auch die europäische Arbeiterbewegung hat die europäische Idee seit ihren Anfängen verfolgt. Darauf macht Willy Buschak, im DGB Sachsen für Grundsatzpolitik verantwortlich, in seinem lesenswerten Buch aufmerksam. Er breitet sachkundig eine beeindruckende politische Ideengeschichte aus – vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Weimarer Republik. Ein wichtiges Buch, das zur rechten Zeit erschienen ist.

— ● TERMINE —

28.10.
Otto-Brenner-Stiftung, Medienpolitische Tagung und Verleihung des Otto-Brenner-Preises, Berlin

ver.di Hamburg, Aktionstag Altenpflege, Hamburg

28.-30.10.
[m]5-consulting in Kooperation mit DGB, Hans-Böckler-Stiftung und anderen, Deutscher BetriebsräteTag 2014, unter anderem Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises am 30.10., Bonn

29.10.
ver.di-Bildungswerk, 11. Arbeitsschutzkonferenz „Gefährdungsanalyse: So weit – so gut? Gefährdungsbeurteilung und Mitbestimmung – Stand und Ausblick“, Hannover

DGB, Tagung „Wie weiter in der Pflege? Eine Standortbestimmung zur geplanten Reform der Pflegeversicherung“, Berlin

3.11.
DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Betriebs- und Personalrätekonferenz zu TTIP, TISA, CETA und Co. „Neue Wirtschaftswunder durch Freihandelsabkommen?“, Hannover

6.11.
IG Metall, Kongress „Beteiligen und mitbestimmen – Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft“, Mannheim

10.-12.11.
GdP, 25. Ordentlicher GdP-Bundeskongress, Berlin

— ● SCHLUSSPUNKT —

„Wenn wir mehr Jüngere, mehr Frauen und mehr Zuwanderer für die CDU gewinnen wollen, sollten wir auch auf Ratschläge von außerhalb der Partei hören.“

CDU-Generalsekretär Peter Tauber holt sich in Sachen Mitgliedererwerbung laut „Spiegel online“ vom 20. Oktober unter anderem Rat bei der IG Metall, um von deren erfolgreicher Mitgliederkampagne zu lernen.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Arbeitslosengeld

Lohnsteuerklasse ist maßgeblich

Die Arbeitsverwaltung ist bei der Berechnung der Höhe des Arbeitslosengeldes grundsätzlich an die Lohnsteuerklasse gebunden, die zu Beginn des Jahres galt, in dem der Anspruch entstanden ist.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 12. Juni 2014 - S 6 AL 992/13

Gleichstellung mit Schwerbehinderten

Auch für beruflichen Aufstieg

Behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, sollen schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen können.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 6. August 2014 - B 11 AL 5/14 R

Hartz-IV-Leistungen

Hausbesuch zur Kontrolle ist rechters

Bestehen begründete Zweifel an der tatsächlichen Nutzung einer Wohnung durch einen Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, ist das Jobcenter berechtigt, die Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch zu kontrollieren und die Nutzung der Wohnung durch Hausbesuche zu überprüfen.

Die Duldung des Hausbesuchs kann zwar nicht mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden. Verweigert allerdings ein Leistungsempfänger den Hausbesuch, trägt er die Beweislast für die Nutzung. Lässt sich die Nutzung also nicht anderweitig klären, muss das Jobcenter Miete und Heizkosten nicht übernehmen.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 2. Juli 2014 - L 3 AS 315/14 B ER

Eingliederungshilfe

Auch nach Berufsausbildung

Eingliederungshilfe zur Hochschulausbildung durch den Sozialhilfeträger ist auch bei bereits erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung des Hilfesuchenden nicht ausgeschlossen, sofern die Hochschulausbildung eine „angemessene“ Berufsausbildung darstellt.

Sozialgericht Karlsruhe,
Beschluss vom 29. September 2014 - S 1 SO 3101/14 ER

Personalvertretung

Personalrat über Leitfaden informieren

Ein Leitfaden zum Umgang mit gesundheitlich eingeschränkten MitarbeiterInnen gehört zu den Angelegenheiten, die die Aufgaben des Personalrats nach dem Landespersonalvertretungsgesetz Hessen betreffen.

Daher steht dem Personalrat das Recht zu, über einen solchen Leitfaden unterrichtet zu werden. Er kann auch verlangen, dass der Leitfaden in einer gemeinsamen Besprechung erörtert wird.

Verwaltungsgericht Frankfurt am Main,
Beschluss vom 28. Juli 2014 - 23 K 607/14.FPV

Bewerbung

Schwerbehinderter muss sich offenbaren

Ein schwerbehinderter Mensch, der bei einer Bewerbung um eine Stelle im öffentlichen Dienst den besonderen Schutz und die Förderung nach dem Gesetz in Anspruch nehmen möchte, muss die Schwerbehinderung im Bewerbungsschreiben mitteilen.

Der Fall: Der Mann ist schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von 50. Im Juni 2010 bewarb er sich erstmalig erfolglos bei der Universität Köln. Einen Monat später bewarb sich der Mann für eine andere, neu ausgeschriebene Stelle beim gleichen Arbeitgeber. Die Bewerbung wurde bei der Universitätsverwaltung von einer anderen personalführenden Stelle als die erste Bewerbung bearbeitet. Weder im Bewerbungsanschreiben noch im Lebenslauf wies der Bewerber auf die Schwerbehinderung hin. Allerdings hatte er den Anlagen (Umfang 29 Blatt) als Blatt 24 eine Fotokopie seines Schwerbehindertenausweises beigelegt. Auch diese Bewerbung scheiterte, ohne dass der Mann zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurde. Der Bewerber verlangte eine Entschädigung, weil er sich wegen seiner Schwerbehinderung benachteiligt sah. Mit seiner Klage hatte er keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Auf die Schwerbehinderung ist gegebenenfalls im Bewerbungsanschreiben oder unter deutlicher Hervorhebung im Lebenslauf hinzuweisen. Unauffällige Informationen oder eine in den weiteren Bewerbungsunterlagen befindliche Kopie des Schwerbehindertenausweises sind keine ausreichende Information des angestrebten Arbeitgebers. Die Mitteilung hat bei jeder einzelnen Bewerbung zu erfolgen. Entscheidend ist die Schwerbehinderung im Zeitpunkt der Bewerbung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. September 2014 - 8 AZR 759/13

Hartz IV

Träger muss Waschmaschine bezahlen

Ein Anspruch auf eine Waschmaschine wird nicht dadurch verwirkt, dass LeistungsempfängerInnen längere Zeit keine eigene Waschmaschine nutzen. Steht nach einer Trennung keine Waschmaschine mehr zur Verfügung, kann ein Bedarf an „Erstausrüstung“ mit einer Waschmaschine vorliegen.

Der Fall: Die Bezieherin von Hartz-IV-Leistungen hatte in der Vergangenheit gemeinsam mit ihrem Ehemann eine Waschmaschine genutzt. Nach der Scheidung konnte sie die Waschmaschine ihres neuen Lebenspartners nutzen, danach einen Waschsalon. Nach Umzug in einen Wohnort ohne Waschsalon beantragte sie einen Zuschuss zur Waschmaschine. Der Leistungsträger bewilligte nur ein 179 Euro Darlehen, ein Zuschuss könne lediglich für die Erstausrüstung gewährt werden. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Frau hat einen Anspruch auf Zuschuss für eine Waschmaschine. Nach dem Gesetz werden für Erstausrüstungen für die Wohnung zusätzliche Leistungen einschließlich Haushaltsgeräten erbracht. Eine Waschmaschine zählt zu den Haushaltsgeräten. Darüber hinaus ist der Begriff der Erstausrüstung nicht streng zeitbezogen, sondern bedarfsbezogen zu verstehen. Nach der Trennung von dem neuen Partner ist ein Bedarfsfall entstanden. Dem steht nicht entgegen, dass die Frau zunächst ohne eigene Waschmaschine auskam und einen Waschsalon genutzt hat.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 27. Mai 2014 - L 11 AS 369/11